

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 212.

Donnerstag, den 10. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Sozialpolitische Aufgaben des Parteitages.

Der Nürnberger Parteitag wird sich ein Verdienst dadurch erwerben, daß er der klassenbewußten Arbeiterklasse von neuem Gelegenheit gibt, zur gegenwärtigen Sozialpolitik des Reiches Stellung zu nehmen. Seit Jahren ist es der herrschenden Klasse gelungen, den zeitgemäßen Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung zu verhindern. Und das in derselben Zeit, da wir uns des außergewöhnlich starken industriellen Aufschwungs erfreuen. Nicht nur ist die Zahl der Großbetriebe angewachsen, sondern das Großkapital hat sich auch zu Kartellen, Ringen usw. zusammengetan. So kamen gewaltige Kapitalien in einer Hand zusammen. Das kartellierte Großkapital konnte daher seinen Betrieb immer besser ausbauen, sich die Fortschritte von Wissenschaft und Technik nutzbar machen, die Ausbeutung der Arbeiter weiter und weiter treiben. Den einzigen wirksamen Schutz dagegen hatten die Arbeiter in ihren Organisationen, durch die sie sich einen immer größeren Einfluß auf die Regelung der gemeinsamen Arbeit und dadurch möglichst günstige Arbeits- und Lebensbedingungen zu erzwingen suchten. Die Gesetzgebung hat für den Schutz der Arbeiter gegenüber dem kartellierten Großkapital fast ganz versagt.

Die Folge hiervon ist, daß unsere sozialpolitische Gesetzgebung in keiner Beziehung genügt. Überall zeigen sich Mängel und Lücken. Der Ruf nach einer gründlichen Reform unserer sozialpolitischen Gesetzgebung erschallt von allen Seiten.

Die Arbeiter sind seit jeher mit ihren Forderungen auf dem Posten gewesen. Sie verlangen freies Koalitionsrecht, ein Arbeiterschutzgesetz in den Grenzen, die die Rücksicht auf die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeiter und ihres Nachwuchses zieht, und endlich die Weiterführung der Arbeiterversicherung auf dem Boden der Selbstverwaltung durch die Arbeiter.

Die Unternehmer haben andere Sorgen. Sie betrachten es als den Umsturz aller natürlichen Ordnung, daß sie sich „in ihr Geschäft“ von den organisierten Arbeitern hineinreden lassen müssen. Daher wollen sie vor allen Dingen wieder die „Herren in ihrem Hause“ sein. Die Autorität des Unternehmers soll wieder aufgerichtet werden, d. h. die Kraft der Arbeiterorganisationen, einen maßgebenden Einfluß auf die Regelung der gemeinsamen Arbeit auszuüben, soll durch Zwangsgesetze gebrochen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Unternehmer sogar bereit, den Arbeitern einige scheinbare Zugeständnisse zu machen. Wissen sie doch, daß sie alle derartigen Verbesserungen „ausgleichen“ können, sobald sie wieder nach ihrem Belieben mit den Arbeitern zu schalten und walten vermögen.

Die Regierungen haben sich bereits, als noch Graf Posadowsky Staatssekretär im Reichsamt des Innern war, eifrig bemüht, den Wünschen der Unternehmer nachzukommen. Daß ihnen dieses nicht gelang, daß sie mit dem Zuchtstrafgesetz und zuletzt noch mit dem Gesetz über die gewerblichen Berufsvereine gescheitert sind, daran sind sie ganz unschuldig. — Der neue Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, will offenbar dadurch seine Befähigung zum Minister für Arbeiterschutz nachweisen, daß er in engster Fühlung mit dem kartellierten Großkapital bleibt, um ganz nach dem Wunsche dieser Herren die Sozialpolitik des Reiches zu leiten. Selbstverständlich ist er auch ein „großer Arbeiterfreund“. Wer von den Herren ist das nicht! Demgemäß mußten die Geheimräte im Reichsamt des Innern im letzten Jahre ganz besonders eifrig an den Entwürfen arbeiten, die die Forderungen der Unternehmer nach Arbeitertribunal und zugleich möglichst die Forderungen der Arbeiter nach Arbeiterschutz erfüllen sollten.

Mit diesem Kunststück sind die Herren freilich noch nicht ganz fertig, oder sie hüten sich wenigstens, ihr Werk in feiner ganzen Größe der Öffentlichkeit zu zeigen. Vielmehr arbeiten sie gegenwärtig daran, durch vorsichtige Hinweise auf diese oder jene Seite der einzelnen sozialpolitischen Fragen die Öffentlichkeit auf das vorzubereiten, was noch kommen wird.

Bis jetzt sind aus dem dicken Aktenbündel im Reichsamt des Innern an den Reichstag nur die Vorlagen zur Abänderung einiger Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung und zur Regelung der Zigarren-Hausarbeit gelangt. Sie bieten einige, an sich schon ganz ungenügende Verbesserungen, überdies so viele Ausnahmen, daß von diesem Schutze der Arbeiter in der Praxis so gut wie gar nichts übrig bleiben wird.

Aber dies ist ja nur das Vorpiel zu dem, was noch kommen wird. Eine Probe hierfür haben wir bereits am Legitimationszwang für ausländische Arbeiter. Diese unerhörte Maßregel zwingt die ausländischen Arbeiter, bei Annahme von Arbeit in Deutschland sich eine Legitimationskarte ausstellen und bei jedem Wechsel der Arbeitsstelle auf der Polizei bescheinigen zu lassen, daß sie den bisherigen Arbeitsvertrag „ordnungsgemäß“ gelöst haben. Überzeugt der Unternehmer die Behörde, daß der ausländische Arbeiter sich nicht ganz „ordnungsgemäß“ dabei verhalten habe, oder kommt die Behörde aus eigenem Wissen zu dieser Überzeugung, dann muß der ausländische Arbeiter nach der Anweisung der Polizei seine frühere Arbeit wieder aufnehmen oder er wird ausgewiesen. Diese Entrechtung der ausländischen Arbeiter haben die Regierungen aus eigener Machtbefugnis vorgenommen und zwar in Preußen, Sachsen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Anhalt, Schaumburg-Lippe, Lippe-Deimold und Lübeck. Mit weiteren Bundesstaaten schweben die Verhandlungen darüber noch. Auch Bayern hat sich bereit erklärt, gegen die ausländischen Arbeiter in derselben Weise vorzugehen. — Für die einheimischen Arbeiter ist zunächst die Reform der Arbeiterversicherung angekündigt, die den Arbeitern die letzten Reste ihres Selbstverwaltungsrechtes entreißen soll. Dann folgt die Einführung der Arbeitskammern, die die gelben Gewerkschaften als die einzig berufenen Arbeiterorganisationen in den Vordergrund rücken soll. Dann steht uns die Erteilung der Rechtsfähigkeit an die gewerblichen Berufsvereine bevor, die das Streikrecht der Arbeiter „auf das richtige Maß“ zurückführen soll. Endlich können wir auf die Regelung der Tarifverträge hoffen, die die Gewerkschaften für den Kontraktbruch der Arbeiter entschädigungspflichtig machen soll.

Mit allen diesen Bestrebungen haben die Arbeiter zu rechnen. Die Bestrebungen beziehen sich auf wichtige sozialpolitische Fragen, die über kurz oder lang zu lösen sind. Während aber die Arbeiter mit gutem Recht verlangen, daß unsere soziale Gesetzgebung auf dem Wege zu einer Regelung der gemeinsamen Arbeit durch die Gesamtheit und im Interesse der Gesamtheit vorwärts schreite, drängen die Unternehmer und mit ihnen die Regierungen darauf hin, neue Zwangsgesetze für die Arbeiter zu schaffen. Hiergegen hat der Nürnberger Parteitag seine Stimme zu erheben. Er muß selbstverständlich mit allem Nachdruck auf die dringende Notwendigkeit hinweisen, daß wir unsere soziale Gesetzgebung endlich, den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechend ausbauen. Aber er muß auch dagegen protestieren, daß dieser Ausbau zur Knebelung der Arbeiterschaft dienen soll.

## Die „Schwarzen Kabinette“.

Das klassische Land der innerpolitischen Spionage ist und bleibt Rußland. Manche orientalische Länder vermögen in den Formen grausamer Exekutionen Rußland zuzeiten den Vorrang strittig zu machen, aber in den Künsten geheimnisvoller Raffinements für den Menschenfang ist die zaristische Regierung unübertroffen.

Eines der vielen „technischen“ Mittel ist das „Schwarze Kabinett“, das unzählige wirkliche und vermeintliche politische Verbrecher ins Verderben gestürzt hat. Das „Schwarze Kabinett“ ist in einem Lande wie Rußland sozusagen die Ergänzung zur Postverwaltung. Das reaktionäre Regime betrachtet die Post nicht allein als Verkehrsmittel, sondern auch zugleich als Kampfmittel gegen die Revolution. Denn was läßt sich nicht aus Briefen herauslesen, was läßt sich nicht in sie hineinlesen? Das „Schwarze Kabinett“ ist die systematische Aufhebung des Briefgeheimnisses im großen und richtet sich nicht allein gegen einzelne Personen, sondern gleich einem unspannenden Netz gegen die Intellektuellen des ganzen Landes.

Jahrelang hatte man in Rußland von der Existenz der „Schwarzen Kabinette“ gesprochen, aber bis zur letzten Zeit keine Gewißheit darüber besessen, ob es etwas Reales oder nur ein Schreckgespenst der Revolutionäre sei. Noch vor kurzem hat Sewastjanow, der Chef der Postverwaltung, in einer Erwiderung auf die Rede des oppositionellen Schingarew von der Tribüne der Reichsduma herab feierlich erklärt, daß die „Schwarzen Kabinette“ ein Mythos seien.

Nun kommt aber ein Mann, der selber in der russischen Geheimpolizei gedient und dann voll Ekels von dieser Beschäftigung sich abgewandt hat, und lüftet den Schleier von diesem „Mythos“. Was dieser Mann namens Wakai in der neuesten Nummer der Zeitschrift „Byloje“ aus eigenen Erlebnissen über die „Schwarzen Kabinette“ unter Angabe zahlreicher Belege und einer Reihe von Adressen tätiger Kabinettsbeamten berichtet, übersteigt alle Gerüchte. Er läßt uns gewissermaßen die Werkstätten der „Kabinette“ betreten und wir erfahren daraus, daß solche Institutionen ebensowohl in

den großen Städten wie in kleinen Nestern sich befinden. Ein ganzer Stab von Beamten gibt sich mit dieser Kunst ab und bringt es darin zu horrenden Leistungen. In Orten wie Petersburg, Moskau, Warschau, Kiew, Odessa usw. erfüllen diese Pflicht Beamte, denen die Zensur ausländischer Zeitungen und Journale obliegt, an anderen Orten sind es spezielle Postangestellte, für die an vielen Postämtern besondere Räume zur Verfügung stehen.

Schon seit langem geübt, ist dieses System insbesondere seit 1902 zu besonderer Blüte gelangt, hat dann in den Herbsttagen des Jahres 1905 einen gewissen Stillstand erfahren und ist dann bald wieder aufgenommen worden.

In diese „Schwarzen Kabinette“ wandern nun bereits Jahre hindurch sämtliche Briefe, die aus dem Ausland kommen, und alle diejenigen aus dem Inlande, die aus irgend welchem Grunde verdächtig erscheinen. Da es unmöglich ist, alle Briefe durchzulesen, so sind überall grandiose alphabetische Register jener Adressaten angelegt, deren Briefe einer obligatorischen Lektüre unterliegen. Zeitweilig kam es soweit, daß nicht nur die Briefe von Personen, die im Geruch revolutionärer Anschauungen sich befinden, sondern auch solche bekannter Politiker oder, wie Wakai behauptet, selbst von Vertretern fremder Mächte in diesen Kabinetten gelesen und kopiert wurden. Meister Plehwe hatte sogar die Angewohnheit, die Korrespondenz sämtlicher Bureaukraten, die gegen ihn persönlich Opposition machten, öffnen und sich Kopien anfertigen zu lassen. Nicht wenig erstaunt war darum der ehemalige Chef des Polizeidepartements, Lopuchin, als er nach der Ermordung Plehwes bei der Sichtung von dessen Papieren auch die Abschrift eines von ihm selbst abgefassten Privatbriefes vorfand.

Natürlich erfordert ein solcher Mechanismus besondere Hilfsmittel. So gibt es zur Extrahierung der Briefe feine Zangen, die in irgend eine Ritze oder Ecke des Kuverts hineingeführt werden und das inliegende Schreiben so zusammenrollen, daß es mit Leichtigkeit hinausgezogen und nach eventueller Vornahme einer Kopie wieder hineingeschoben werden kann. Der Adressat merkt gewöhnlich nichts, da die Manipulation auch nicht die Spur irgendwelcher Beschädigung hinterläßt.

Was übrigens wirklich revolutionäre Briefe anbelangt, so bieten sie den Beamten weit größere Schwierigkeiten. Meist chiffriert, erfordern sie Spezialkünstler, die keine Mühe scheuen dürfen, um den Inhalt zu entziffern. Ja, es gibt sogar freiwillige Liebhaber solcher kopferbrecherischen Übungen, die aus Sportbedürfnis zu Virtuosen in dieser Branche werden.

Unendlich ist das Unheil, das die „Schwarzen Kabinette“ angestiftet haben. Sie haben nicht nur ganze Organisationen zertrümmert, sondern oft genug die unglücklichsten Menschen auf die Anklagebank gezerrt. In Zeiten der aufgewühlten revolutionären Leidenschaften pflegten jugendliche Elemente in ihren Briefen ihrer Phantasie die Flügel schießen zu lassen und sich zu weltumtorenden Politikern zu stempeln, aber alle solche an Wajnas, Sonjas usw. gerichteten Ergüsse wurden von Spiegeln aufgefangen und als Beweise „staatsgefährlicher Aktionen“ vor die Kriegsgerichte gebracht. Wie viele hatten dann schwere, für das Leben entscheidende Folgen zu tragen!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Bülow und der Block.

Nach der „Augsburger Abendzeitung“ soll der Kaiser kürzlich gesagt haben: „Bernhard bleibt, ob mit oder ohne Block“. Dieses Gerücht gibt der „Köln. Volkszeitung“, dem führenden Zentrumsorgan, Veranlassung, sich mit der Frage zu befassen, ob der Reichskanzler aus seinem Amte scheiden müsse, falls der Block über kurz oder lang in die Brüche gehen sollte.

Die „Köln. Volkszeitung“ beantwortet die Frage mit Nein. Man hatte bisher angenommen, das Zentrum werde, wenn es wieder vor den Regierungskarren gespannt werden sollte, als Preis den Reichskanzler fordern. Die Sehnsucht nach der Rolle als Regierungspartei ist aber in Zentrumskreisen offenbar so groß, daß man jetzt auch Bülow ruhig mit in den Kauf nimmt.

Man hat uns — schreibt die „Köln. Volkszeitung“ zum Schluß — im Zentrum nachgefragt, wir hätten einen grimmigen, unauslöschlichen Haß gegen den Fürsten Bülow und suchten mit allen möglichen Mitteln auf seinen Sturz hinzuwirken, und es hat uns nichts genügt, daß wir dies entschieden in Rede gestellt haben. Wir sind nicht radikal, weisen uns aber freilich auch nicht weg. — Die





Rote  
Rabattmarken

Rote  
Rabattmarken

# Herbst-Schuhwaren

von

# W. Blumenthal

Damen-Hausschuhe aus schwarzem und rotem Leder Lederkappe und Lederbrandsohle **1<sup>60</sup>** Mk.

Damen-Spangenschuhe in allen Lederarten 600 500 390 **2<sup>75</sup>** Mk.

Damen-Salon-Hausschuhe sehr leicht . . . . . **3<sup>75</sup>** Mk.

Damen-Box-Knopf- und Schnürstiefel **6<sup>75</sup>** Mk.

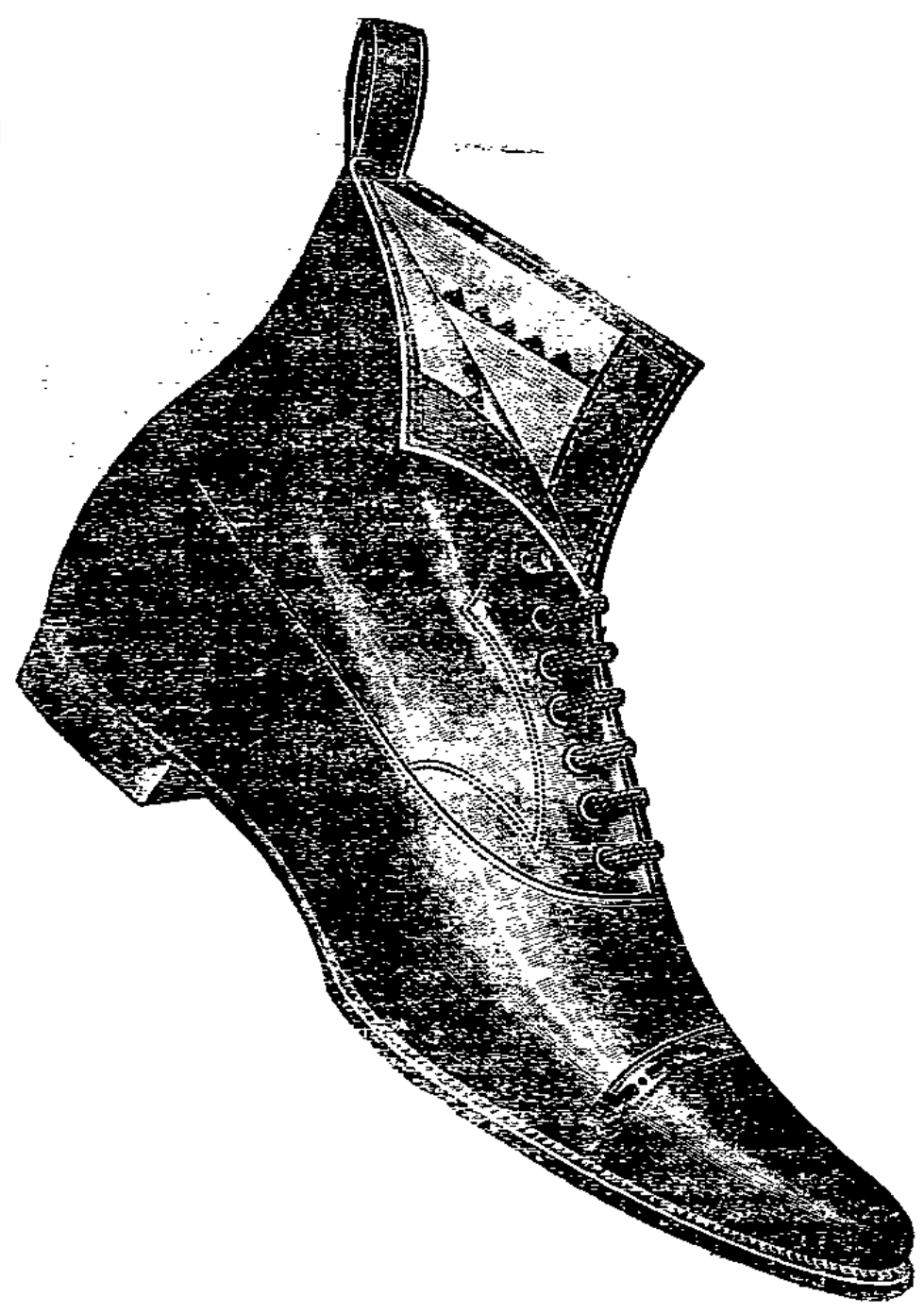
Dam.-Knopf- u. Schnürstiefel Lackkappe neueste Form **7<sup>75</sup>** Mk.

Dam.-Chevr. u. Boxk.-Schnürst. m. u. ohne Lackkappe **10<sup>50</sup>** Mk.

Dam.-Chevr. u. Boxk.-Schnürst. amerikan. Form **12<sup>50</sup>** Mk.

Dam.-Chevr.-u.Boxk.-Schnürst. elegant. Ausstatt. **16<sup>50</sup>** Mk.

**Petersburger Gummischuhe**  
und  
**Deutsche Gummischuhe**  
für  
**Kinder, Mädchen, Damen und Herren**  
in allen  
**Preislagen.**



**Kinder-, Mädchen- u. Knabenstiefel**  
in bekannter großer Auswahl und billigsten Preisen.

**Neuheiten**  
in  
**Pantoffel**  
gefütterten  
**Hausschuhen**  
sowie  
**Ballschuhen**  
in  
**grösster Auswahl.**

Herren-Hausschuhe Leder- und Cordschuh 450 400 350 **3<sup>00</sup>** Mk.

Herren-Arbeitsschuhe extra stark, mit u. ohne Eisen, zum Schnallen u. Schnüren 650 590 **4<sup>90</sup>** Mk.

Herren-Schnürstiefel 1050 850 750 650 **4<sup>50</sup>** Mk.

Herren-Zugstiefel 1350 1050 850 650 **4<sup>50</sup>** Mk.

Herr.-Boxkalf u. Chevr.-Schnürstiefel **10<sup>50</sup>** Mk.

Herr.-Boxkalf u. Chevr.-Schnürstiefel **12<sup>50</sup>** Mk.

Herr.-Boxkalf u. Chevr.-Schnürstiefel **16<sup>50</sup>** Mk.

Herren-Jagd und Reitstiefel  
in grösster Auswahl.

**Neu aufgenommen: → Amerikanische Damen- u. Herrenstiefel.**

# W. Blumenthal

Kohlmarkt, Ecke Sandstrasse.

Schwartauer Allee, Ecke Geverdesstr.







